

MARKTREPORT

POOL-GEFLÜSTER

SONDERAUSGABE BUNDESTAGSWAHL SEPTEMBER 2021

www.e2m.energy

Energiepolitisches Wahlprogramm der Parteien!

Am Sonntag, dem 26. September 2021 werden die politischen Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Diese Wahl unterscheidet sich unter zwei besonderen Aspekten von früheren Wahlen: Zum ersten Mal seit 1949 tritt der amtierende Bundeskanzler nicht als Spitzenkandidat seiner Partei zur Bundestagswahl an. Damit entfällt der Amtsbonus für die CDU/CSU, und das macht es ihrem Kanzlerkandidaten Armin Laschet weit schwieriger, mediale Aufmerksamkeit zu bekommen und staatsmännische Bilder zu erzeugen. Die zweite Besonderheit ist die Klimadebatte, die eine Generationenverantwortung für die zu wählende Regierung in den Raum stellt und in deren Fahrwasser auch die Energiewende zu einem wahlpolitischen Schwerpunktthema wird.

Umfrage Wahlergebnisse* vom 7. Sept. 2021 vs. Wahlergebnisse* 2017

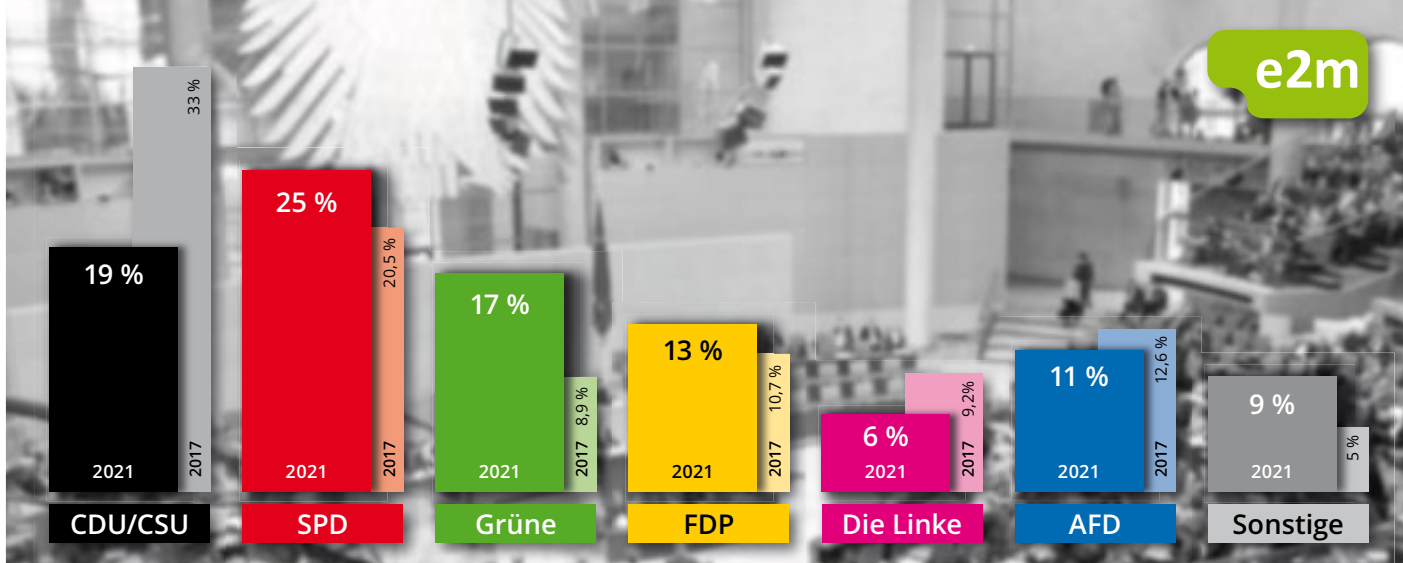


Abb. 1: Eigengrafik der e2m. Quellen: *FORSA Sonntagsfrage vom 7. September 2021 und *Der Bundeswahlleiter. Bildquelle: Deutscher Bundestag, Hans-Günther Oed

Wenige Tage vor der Wahl zeigt sich auch in den Umfragewerten eine neue historische Dimension: SPD, CDU/CSU und die Grünen schwanken alle um die 20 % Marke (Abb.1) in der Wählergunst und noch ist völlig unklar, welche der Parteien sich am Ende von den anderen beiden wird absetzen können. Ergebnisse um die 20 % bedeuten aber schon jetzt relativ sicher, dass eine weitere Legislatur unter einer Großen Koalition nicht zur Debatte steht und die FDP womöglich zum Kanzlermacher avancieren könnte.

Vor dieser spannenden Ausgangssituation haben wir einen genaueren Blick in die Wahlprogramme* (Abb. 2, Seite 2) der Parteien gewagt. Ziel ist es, einen groben Eindruck über die

energiepolitischen Schwerpunkte, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erhalten, um einen Blick in die Glaskugel wagen zu können. Von der nächsten Bundesregierung erwartet die e2m vor allem in zwei Bereichen wichtige Akzente, um die Energiewende noch zu einem Erfolg werden zu lassen: Eine Beschleunigung des Netzausbaus und eine deutliche Deregulierung des Energierechts.

Der aktuelle [Monitoringbericht](#) der BNetzA zeigt, dass von den 2009 und 2013 angedachten Netzausbaumaßnahmen mit 12.234 km Länge erst 1.697 km tatsächlich fertiggestellt worden sind (Abb. 3, Seite 3).

Weiter auf Seite 3 ►►►

Energiepolitische Positionen aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl

Themen-Bereiche	CDU/CSU	SPD	Die Grünen	FDP
(Geförderter) EE Ausbau	Bekanntnis zu deutlich schnellerem Ausbau	Bekanntnis zu einem Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien	Massiver Ausbau von EE mit ambitionierten jährlichen Ausbaupfaden	Ablehnung eines gesetzlichen Ausbaupfades für EE. Keine Förderanreize, sondern volle Marktintegration.
EEG-Umlage	Abschaffung der EEG-Umlage durch Gegenfinanzierung aus dem CO ₂ -Preis	Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025 durch Gegenfinanzierung aus dem CO ₂ -Preis und Bundesmitteln	Langfristiges Auslaufen der EEG-Umlage	Abschaffung der EEG-Umlage und Gegenfinanzierung von bestehenden Förderzusagen aus dem CO ₂ -Preis
(De-) Regulierung	Regulatorischen Kosten sollen gesenkt werden. Industriestrompreis soll wettbewerbsfähig werden. Prüfung inwieweit gespeicherter Strom von allen Umlagen und Entgelt befreit werden kann.	Keine dezidierten Aussagen zu diesem Thema	Grundlegende Reform des Energierechts. Doppelte Abgabenbelastungen und andere regulatorische Bremsklötze sollen durch eine umfassende Steuer- und Abgabenreform abgesenkt werden. Die staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland sollen erhöht werden, um sie in eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand zu überführen.	Abbau von Bürokratie und Verschlinkung der Regulierung im Energie- und Planungsrecht. Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. Dazu soll die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß gesenkt werden.
Akzeptanz Energiewende	Keine dezidierten Aussagen zu diesem Thema	Beteiligung der Bürger vor Ort, durch Energiegenossenschaften	Verbindliche Beteiligung von Kommunen an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen. Frühzeitige Bürgerbeteiligung vor Ort.	Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, einen klugen Ausgleich mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken.
Netzausbau	Es soll geprüft werden, wie im Bereich der Übertragungsnetze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen gesorgt werden kann. Bau der notwendigen Stromleitungen soll beschleunigt werden. Wo immer möglich, sollen Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden.	Der Ausbau von Stromnetzen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen über das Jahr 2025 hinausreichen.	Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen.	Keine dezidierten Aussagen zu diesem Thema
Flexibilität	Keine dezidierten Aussagen zu diesem Thema	Keine dezidierten Aussagen zu diesem Thema	Stärkung des flexiblen Stromverbrauchs. Erzeugungsspitzen nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar machen. Verteilnetze und Verbraucher mit intelligenter Technik ausstatten, damit sie flexibel reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.	Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen können flexible Erzeugungs- und Speichertechnologien leisten.
Wasserstoff	Innovationszyklen beschleunigen, Power-to-X-Technologien zielgerichtet fördern und einen Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infrastruktur auf Basis der vorhandenen Gasleitungen und -speicher sowie CO ₂ -Transparenz in Europa schaffen.	Dort, wo eine direkte Elektrifizierung nicht sinnvoll ist, sollen große Mengen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien erzeugt werden.	Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm sollen die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland stark ausgebaut werden.	Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe neben Strom als zweite Säule des künftigen Energiesystems aufbauen und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft schnellstmöglich vorantreiben.

Nur der zügige Abschluss dieser Arbeiten wird dazu führen, dass das Netz nötigen EEG-Ausbau bewältigen wird und die wertvolle Flexibilität für die Systembilanz genutzt werden kann und nicht für eine teure und unwirtschaftliche Netzengpassbewirtschaftung. Nicht zuletzt hat die Überambitioniertheit der vergangenen Regierungen beim Thema Regulierung auch zum enttäuschenden Stand beim Netzausbau geführt. Ein kurzer Blick in die Gesetzeskarte für das Energieversorgungssystem genügt dem geneigten Leser, um die gefühlte Überregulierung bestätigt zu sehen. Um eine dezentrale Energielandschaft von morgen zu schaffen, in der der Bürger wie auch der mittelständische Unternehmer oder Landwirt seinen Beitrag leisten und

handlungen nur wenige eigene Akzente in der Energiepolitik setzen können. Daher begrüßen wir natürlich, dass sowohl die Grünen als auch die CDU/CSU die Herausforderung bei der Deregulierung und beim Netzausbau erkannt haben und diese angehen wollen. Der Detailgrad in Sachen Deregulierung auf Bürokratie und Abgabenseite stimmt uns bereits positiv, beim Netzausbau fehlt es uns aber an eben diesem, was uns nur vorsichtig optimistisch stimmt. Auch in der Abschaffung der EEG-Umlage sehen wir eine Chance im Bereich Deregulierung, da eine Kompensation durch den CO₂-Preis nicht nur den Bürger, sondern auch den Eigenverbrauchserzeuger von Abgaben und einer umfangreichen Bürokratie entlasten würde, auch

Planungs- und Baufortschritt in Leistungskilometern (BBPlG und EnLAG)

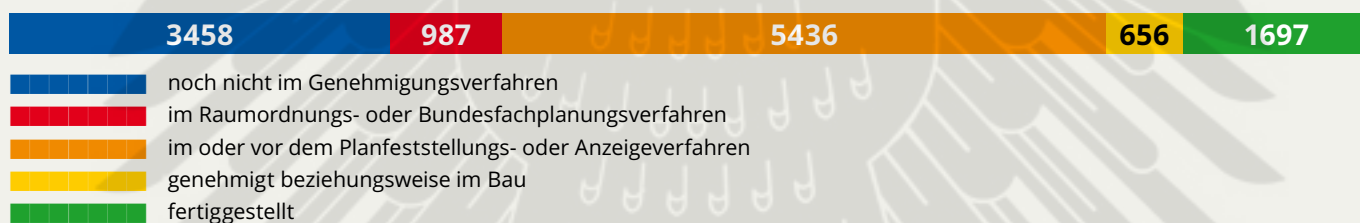


Abb. 3, Stichtag: 31.3.2021, Quelle: www.netzausbau.de

in Flexibilität, und EE investieren soll, ist eine deutliche Verschlankung des Energierechts notwendig – unter Umständen auch zu Lasten von Sonderprivilegien einzelner Interessengruppen. Es muss also anders als in der Vergangenheit gelten, die Anforderungen nicht einfach mit jeder Novelle nur anders und komplizierter zu gestalten, sondern tatsächlich wieder zu vereinfachen, nicht zuletzt, um die immer größer werdenden Reibungsverluste in der Wirtschaftlichkeit von innovativen EE-Projekten durch Bürokratie und Abgaben einzudämmen.

Die Konstellation der neuen Bundesregierung ist entscheidend für die Energiewende

Unterm Strich lässt sich zunächst festhalten, dass die Parteien in den energiepolitischen Schwerpunktthemen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen. Abweichungen finden sich weniger in der Problembeschreibung als in der Konkretisierung der Lösung. So sind sich die Parteien weitgehend einig in der Abschaffung der EEG-Umlage, beim Ausbau der Wasserstoffproduktion oder beim Abbau regulatorischer Hürden. Während CDU/CSU und die Grünen Energiepolitik klar zu einem Schwerpunkt Ihres Wahlprogramms machen, halten sich SPD und FDP bei dem Thema eher kurz. Die FDP baut mit ihrem Wahlprogramm – das stark auf Marktkräfte und weniger progressiv bei der Klimafrage ausgerichtet ist – die größten Maximalpositionen zu den anderen Parteien, insbesondere zu den Grünen, auf. Sie denkt aber unserer Meinung nach zu sehr „out of the Box“ und würde daher in möglichen Koalitionsver-

wenn dadurch viele Investitionen und Geschäftsmodelle der Vergangenheit (Stichwort Umlagenoptimierung) in Frage gestellt werden würden. Die Energierechtsreform der Grünen bleibt uns allerdings in ihrer Gesamtheit zu unscharf. Obwohl diese gewichtig angekündigt wird, können wir dieser nicht entnehmen, welche zukünftigen Marktmechanismen im Bereich EE man sich eigentlich vorstellt. Wenn wir auf Grundlage der Wahlprogramme einen Ausblick auf mögliche Koalitionsverhandlungen wagen sollten, so würden wir davon ausgehen, dass vor allem CDU/CSU und die Grünen in der Energiepolitik eigene Akzente setzen wollen und SPD, aber auch die FDP, hier das Feld eher als Verhandlungsmasse begreifen und sich zu-frieden geben, wenn die Schnittmengenthemen EEG-Umlage und Deregulierung aufgegriffen werden. Einziger Zankapfel dürfte schon wie in der Vergangenheit die Dimensionierung des Ausbaukorridors für EE sein.

Neben den Koalitionsverhandlungen wird entscheidend für die weitere Ausgestaltung aber auch sein, welche Partei den Wirtschaftsminister stellt. Gerade ein Wechsel von CDU/CSU zu Grün könnte hier einen deutlichen Richtungswechsel bei Ausbau, Förderung und Marktintegration von EE bedeuten, auch weil Weichenstellungen unterhalb der Gesetzesebene, etwa bei Festlegungen der BNetzA, ihren Ausgangspunkt oftmals im BMWi finden. Alles in allem erwarten wir eine spannende Wahl und noch spannendere Koalitionsverhandlungen. Die Herausforderungen der Zukunft wurden durch die Parteien erkannt – nun ist es entscheidend, wie mutig auch gehandelt wird.